

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Er erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wirtschaftlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Gewerkschaften
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1914-1915)
Berlin N.O. 66, Greifswalder Straße 221/222.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanzeig. 25 Pf., Familienanzeig. 15 Pf.,
Personalanzeig. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.
Schriftführer: Kurt Mühlhadt, Nr. 122A.

Nr. 50.

Berlin, Mittwoch, 24. Juni 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Auf zu neuer Arbeit! — Ein Patron der Gelben.
— Der Kampf um den englischen Boden. — Allgemeine
Rundschau. — Verbands-Zeil. — Anzeigen.

Auf zu neuer Arbeit!

Die Teilnehmer an den zahlreichen Gewerksvereinstagungen, die am die Pfingstzeit stattgefunden haben, sind in ihre Heimat zurückgekehrt und haben auch wohl schon in den Ortsvereinen ihre Berichte erstattet. Jetzt gilt es, die auf den Generalversammlungen nach reiflichen Erwägungen gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Jeder muß dabei mitarbeiten, auch diejenigen, die nicht auf ihre Rechnung gekommen zu sein glauben. Es ist nun einmal nicht möglich, daß alle Wünsche erfüllt werden. Dann aber darf man sich nicht in den Schmollwinkel setzen und sagen: Nun tue ich nicht mehr mit. Wer überzeugt ist von dem Werte seiner Organisation, der fucht sich dem, was die Mehrheit beschlossen hat, und sucht es, wenn es ihm auch bisweilen schwer fällt, durchzusetzen.

An einem Ausbau der Leistungen konnten unsere letzten Delegiertentage nicht gut denken; die wirtschaftlichen Verhältnisse erlaubten es nicht. Denn wir sind nicht in erster Reihe Unterstützungsgewerksvereine, sondern Kampforganisationen, auch wenn wir den Weg der friedlichen Verständigung vorziehen. Aber wo man unsere Friedenshand ausschlägt, da scheuen wir auch vor dem Kampfe nicht zurück. Und wollen wir den Kampf siegreich bestehen, dann müssen wir vorher die nötigen Rüstungen getroffen haben. So ist es ja auch im Leben der Völker. Auch sie glauben, dem Krieg am besten vorbeugen zu können, wenn sie ihre Rüstungen am stärksten treffen.

Wie ein roter Faden zogen sich durch alle Generalversammlungen die Betrachtungen über die mißliche wirtschaftliche Lage. Hier und da sind Mitgliederverluste zu verzeichnen; überall aber sind die Kassen weit mehr als sonst in Anspruch genommen worden. Inzwischen man hat sich auch gefragt, daß auf diese schlechten Zeiten wieder bessere folgen müssen, in denen die Arbeiter das, was man ihnen in der jetzigen schlechten Zeit vorenthalten oder gar geraubt hat, wiederzugewinnen suchen müssen. Nicht überall wird man es ihnen freiwillig zugestehen. Oft wird es hartnäckiger Kämpfe bedürfen, um das Verlorene wieder einzuholen. Solche Kämpfe aber kosten Geld, und deshalb war das Bestreben der Delegierten in erster Linie darauf gerichtet, die Gewerksvereine widerstandsfähiger und leistungsfähiger zu machen. An eine Beitragserhöhung konnte nicht herangegangen werden, so mußte man sich darauf beschränken, auf andere Weise die finanziellen Grundlagen der Gewerksvereine zu festigen. Wer alles dies mit nüchternem Verstande überlegt, der wird über manche Enttäuschung leichter hinwegkommen und gern am weiteren Ausbau seiner Organisation mitarbeiten.

Wer ebenso wichtig wie ein reicher Kampf-fonds ist innere Geschlossenheit. Wir in den Deutschen Gewerksvereinen, die wir ohnehin von allen Seiten durch geschäftliche und starke Gegner bedrängt werden, können uns den Luxus der Unzeitigkeit und Zersplittertheit nicht leisten. Jetzt müssen wir zusammenhalten, wenn wir vorwärts kommen wollen. In den einzelnen Vereinen darf nicht geringe und getreilt werden, wie dies häufig vorkommt, und in den Ortsverbänden müssen die verschiedenen Berufe nebeneinander schaffen, um unsere Bewegung am Orte vorwärts zu bringen und den einzelnen Mitgliedern neue Kämpfe zuzuführen. Alle kleinsten Differenzen, die namentlich aus Grenz-

streitigkeiten zwischen den verschiedenen Berufen hin und wieder entstehen, müssen peinlich vermieden werden. Es macht wirklich einen schlechten Eindruck, wenn fast auf allen Delegiertentagen Klagen geführt werden über Verstöße gegen die Berufstrennung. Da muß unbedingt das maßgebend sein, was das Verbandsstatut vorschreibt. Einzeln wird überall, und über unbedeutende Einzelfälle sollte man nicht erst immer ein lautes Geschrei antimmen. Grundsätzlich aber muß unbedingt darauf geachtet werden, daß strikte die Berufstrennung durchgeführt wird. Es soll zugegeben werden, daß die Hauptleitungen genau danach handeln. Aber draußen im Lande wird doch oft genug die Berufstrennung nicht gewissenhaft genug beobachtet. Das ist nicht zu billigen. Die Gewerksvereinschätze hat doch wahrlich keinen Gewinn davon, wenn ein Gewerksvereinsmitglied eines andern zu sich herüberziehen sucht. Unsere Mitgliederzahl wird dadurch nicht vergrößert. Unsere Agitation soll sich wenden an die Andersorganisierten und vor allen Dingen an die Unorganisierten. Hier ist doch wahrlich noch ein überaus großes Betätigungsfeld vorhanden. Außerdem wird durch das Herüberziehen von Kollegen aus andern Gewerksvereinen immer nur ein Hindernis geschaffen, das die Bewegung an dem betreffenden Orte ausfällt.

Auf an die Arbeit! Das muß jetzt unsere Losung sein. Die Zeit ist günstig, denn je. Niemand lernt der Arbeiter besser den Wert der Organisation schätzen als in so schweren Zeiten, wie wir sie jetzt haben. Hier erweist sich die Organisation und insbesondere der Gewerksverein als der beste Freund des Arbeiters. Mancher wird dies an seinem eigenen Verble verspürt haben. Er hat dann aber auch die Verpflichtung, für den Gewerksverein mit seiner ganzen Persönlichkeit einzutreten, schon um auch seinen Arbeitskollegen dieselben Wohltaten zukommen zu lassen, die er selbst genossen hat. Wohltaten, die ihm nicht entziehen werden durch Sturm, sondern auf Grund wohlverdienter Rechte. Schmeißet das Eisen, so lange es heiß ist! Ginein in das große Heer der Indifferenten, die noch immer nicht begriffen haben, was die Organisation bedeutet. Aus ihnen müssen die Reserven herausgeholt werden, um die in der Krise in die Reihen der Organisationen gewissen Widen auszufüllen. Jedes Mitglied muß jetzt seine Pflicht tun. Es darf sich nicht damit begnügen, seine paar Pfennige Beitrag zu bezahlen, sondern es muß jeder darauf bedacht sein, auch neue Streiter zu gewinnen. Wenn wir alle uns dieser Pflicht bewußt sind, dann muß es uns ein Leichtes sein, die Zahl der Kämpfer für unsere Ideen in kurzer Zeit zu verdoppeln. Das sind keine leeren Phantasiegebilde. Wenn nur ein jeder ernstlich sich die Aufgabe stellt, ein Mitglied zu gewinnen, so behaupten wir, müßte dies auch möglich sein. Versuchen wir es einmal, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Ein Patron der Gelben.

Auf dem Delegiertentag des Bundes deutscher Gewerksvereine in Saarbrücken hat der Frankfurter Professor Voigt einen Vortrag über „Die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften und die Wirtschafft“ gehalten, in dem er ein begeistertes Loblied auf die Gelben sang. Die „Frankf. Ztg.“ hat diesen Vortrag und das Verhalten des Herrn Prof. Voigt einer scharfen Kritik unterzogen. Die Folge war, daß der Angegriffene darum ersuchte, nimmere seinen Standpunkt in der „Frankf. Ztg.“ vertreten zu dürfen. Das wurde ihm anstandslos bewilligt.

Zwei Fragen waren es, die der Herr Professor erörterte: 1. Können Organisationen, die auf das Mittel des Streiks verzichten, überhaupt einen

wesentlich bestimmenden Einfluß auf die Arbeitsbedingungen ausüben? 2. Sind die wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine als selbständige Organisationen der Arbeiter als wirkliche Vertreter von Arbeiterinteressen anzusehen? Beide Fragen werden von Prof. Voigt bejaht. Nach seiner Meinung stehen die Löhne heute nicht höher, als sie auch ohne alle Arbeitskämpfe der letzten 40 Jahre stehen würden. Es lohne sich nicht Krieg zu führen, wo das Wesentliche auch ohne Anwendung der äußeren Mittel des Zwanges zu erreichen ist. Und die Unabhängigkeit der Gelben sucht er damit zu begründen, daß ein nicht unbedeutender Teil der Gewerksvereine den Streik nicht grundsätzlich verwerft.

Die „Frankf. Ztg.“ gibt in einem besonderen Artikel dem Freunde der Gelben eine deutliche Antwort. Es wird ausgegeben, daß die „radikalere“ Berliner Richtung der Gelben den Streik nicht ablehne, und daß es deshalb denkbar sei, daß sich dieser Teil der Gelben zu einer regelrechten Gewerkschaft entwickele. Das hätten sie aber bequemer haben können, denn wenn sie nicht in die sozialdemokratischen Gewerkschaften eintraten wollten, hätten sie sich doch den Christlichen oder den Girlich-Dunderischen anschließen können.

Die Behauptung, daß auch ohne wirtschaftliche Kämpfe die Löhne der Arbeiter so hoch ständen, wie es heute der Fall ist, tut die „Frankf. Ztg.“ mit der zutreffenden Bemerkung ab, daß, um die Richtigkeit nachzuprüfen, man die ganze Entwicklung seit 1869 genau so, wie sie war, nur ohne Gewerkschaften, noch einmal ablaufen lassen müßte. Im übrigen wird bemerkt, daß es humane und sozialdenkende Arbeitgeber gibt, die freiwillig Lohn-erhöhungen bewilligen. Aber als allgemeine Regel könne dies nicht gelten. Außerdem sind die Arbeiterorganisationen ja nicht allein des Lohnes wegen da. Da ist noch die Arbeitszeit, die Sicherung des Lebens gegen Unfall, die Behandlung usw. Ohne Organisation hätte der Arbeiter keinen Schutz, nicht einmal immer den der gesetzlichen Schutzvorschriften, die oft umgangen werden, wenn die Arbeiter nicht selbst darauf sehen, was sie ohne Rückhalt nicht tun können, weil sie sonst herausfliegen. Erst die Organisation ist es, die dem Arbeiter eine soziale Position gibt; ohne sie ist er nichts.

Was dann die Unabhängigkeit der Gelben eine anbetrifft, so wird darauf hingewiesen, daß die Unternehmer die ersten Gewerksvereine als Gegen-gewicht gegen die Arbeiterorganisationen ins Leben riefen. Allerdings habe sich das nicht ganz offen abgepielt. Man habe einen Strohmann vorge-schoben, etwa einen Werkmeister, der sonderbar und agitiert, und siehe da, eines Tages entstand „spontan“ ein Gewerksverein. Das ist ganz richtig geschäbert, und gerade die an anderer Stelle dieser Nummer erwähnte Tatsache, daß in Saarbrücken ein Obermeister gleichzeitig Vorsitzender der dortigen Gewerksvereine ist, bestätigt es aufs neue. Wie oft haben wir ferner nicht mitteilen können, daß die Gelben von den Unternehmern regelmäßig ganz erhebliche Barmittel zur Verfügung gestellt erhalten. Früher haben das die Gelben gelehnt, jetzt machen sie gar kein Gebl mehr daraus. Höchstens weigern sie sich noch anzugeben, wie große Summen sie erhalten. Und da stellt sich ein Professor hin und will noch behaupten, daß die wirtschaftsfriedlichen Vereine selbständige Organisationen der Arbeiter sind, die als Vertreter von Arbeiterinteressen angesehen werden können. Würde ihnen nicht sofort die Unterstützung entzogen und dadurch die Existenz abgegraben werden, wenn sie wagten, ernstlich die Interessen der Arbeiter gegenüber denen der Unter-nehmer wahrzunehmen? Ein Gelehrter, der der-

artige Anschauungen zu vertreten mag, der muß sich wirklich den Vorwurf der Weltfremdheit gefallen lassen, und die Wähler, die ihn von allen Seiten zuteil geworden ist, war wirklich wohl verdient.

Der Kampf um den englischen Boden.

Lloyd George ist ein sozialpolitischer Draufgänger. Das Wort im guten Sinne gebraucht. Während sonst Finanzminister knauserig mit jedem Pfennig rechnen und nur dann ihre Taschen weit öffnen, wenn es das Militär oder die Marine heischt, wendet der englische Schatzkanzler der sozialen Fürsorge zum mindesten dasselbe opferbereite Interesse zu. Ja, noch mehr. Er sieht in einer rasch fortschreitenden Sozialpolitik die einzige Möglichkeit, eine soziale Revolution zu verhüten. Offen sprach er es in seiner letzten Budgetrede im englischen Unterhause aus: „Die Armen glauben heute nicht mehr daran, daß die Armut eine gottgewollte Notwendigkeit ist. Wenn die Reichen jetzt nichts opfern, werden sie ihren Reichtum durch Gewalt verlieren!“ Für einen Minister, führt man, eine verwagene Sprache. Aber, was das Wichtigste ist, es sind keine bloßen Worte, sondern dahinter steht die Tat. Die Mindestlohngesetzgebung, die weitgehende Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter und nicht zuletzt die starke steuerliche Veranlagung der großen Vermögenden und Erbschaften zugunsten der armerdemittelten Volksschichten sind die einzelnen Etappen auf diesem Wege rationeller sozialpolitischer Fortschritt. Deutschlands Sozialpolitik ist zum Teil schon überholt, und dennoch gönnt man drüben, jenseits des Kanals, noch keineswegs Galt zu machen. Während man bei uns nach dem Abschluß der Reichsversicherungsordnung dringend nach einer sozialpolitischen Ruhepause verlangt, macht Lloyd George immer neue Vorschläge von grundlegender Bedeutung. U. a. forberte er in seiner letzten Rede im Unterhause die Gewährung freien Frühstücks in den Schulen und hat auch bereits die Mittel dafür im Budget vorgelesen. Aber wesentlich als das sind seine Bodenreformerschlüsse. Denn damit wird das ganze englische Wirtschaftslieben in seinen feinsten Nerven berührt. Das ist ein geradezu zentrales Problem.

Eine Bodenreform ist in England noch schwieriger als in Deutschland. Zum Teil sind die englischen Besitzverhältnisse ganz anders. Weit verbreitet ist, namentlich in den Städten, das leasehold-System, ein Pachtssystem, wonach der Boden auf einen gewissen Zeitraum, früher in der Regel auf 99 Jahre, verpachtet wird und nach Ablauf dieser Frist mit allen auf ihm errichteten Gebäuden wieder an den Pächter oder seinen Rechtsnachfolger zurückfällt. So gehört der gewaltige Grund und Boden Londons, auf dem sechs Millionen Menschen wohnen, nur ganz wenigen Leuten, die man zählen kann. Und während bei uns auf dem Grunde der Bauer, der freie Besitzer seiner Scholle, keine geringe Rolle spielt, ist der englische Boden fast ausschließlich in den Händen des Großgrundbesitzes, der zweite Strecken seines Arealis meist jagdlichen und sportlichen Zwecken dienlich macht und nur wenig produktiv bewirtschaftet.

Das Pachtssystem hat nun zweifellos große Schattenseiten. Da der Pächter nur selten hoffen kann, das Stückchen Land, das er pflügt, einmal zu erwerben, so ist es sehr begreiflich, wenn er Raubbau treibt, um so rasch und so viel als möglich herauszuwirtschaften. Raubbau nicht nur am Boden, sondern Raubbau auch am Menschenmaterial, d. h. seinen Arbeitern. Und so darf man sich denn nicht wundern, wenn — um nur ein betäubendes Moment der Begleiterscheinungen dieser englischen Besitzverhältnisse herauszugreifen — die Schwindsuchtsziffer, die auf dem Lande in anderen Staaten am kleinsten ist, hier größer ist als in den Städten. Dabei sind in England bloß anderthalb Millionen Menschen auf dem Lande beschäftigt, während es in Deutschland zehn und in Frankreich gar neun sind. Ferner: Während das englische Volk sich in den letzten fünfzig oder sechzig Jahren verdoppelt hat, ist die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen um 600 000 zurückgegangen. Und endlich: die geringen Ertragsnisse der englischen Landwirtschaft, vor allem in Fleisch und Getreide, haben das englische Volk in seiner inularen Lage, die also jedes natürliche Hinterland ausschließt, vollständig abhängig gemacht von der Nahrungszufuhr aus dem Auslande. Einzig und allein aus der Beförderung heraus, im Falle eines Krieges von dieser Zufuhr abgeschnitten zu werden und so dem Hunger preisgegeben zu sein, erklärt sich die fieberhafte

Küstung Englands zur See. So wird das englische Bodenproblem, wo man es auch anfängt, zu einer Frage, an der das Wohl und Wehe der ganzen Nation hängt.

Mit kühner Hand hat Lloyd George diese Frage jetzt aufgerollt und eine Antwort gefunden, um aus all diesen unerträglich werdenden Schwierigkeiten herauszukommen. In drei Reden ist er ausführlich auf das ganze Problem eingegangen und hat ein festgelegtes Programm von Reformen entwickelt. In einer Broschüre „Der Kampf um den englischen Boden“, einem Heft der „Sozialen Zeitfragen“, die im Verlage „Bodenreform“ erschienen sind, wurden diese Reden wörtlich abgedruckt, um Deutschland ein lebendiges Beispiel geben zu können. Denn auch wir stehen vor der Notwendigkeit einer großzügigen Bodenreform oder inneren Kolonisation. Das neue Fideikommiß-Gesetz, das Parzellierungsgesetz und der Wohnungsgesetzentwurf in Preußen, all das sind schon Ansätze dazu.

Lloyd George wirft zunächst die Frage auf, worin das Bodenproblem denn eigentlich besteht. Er findet es in dem Monopolcharakter des Großgrundbesitzes, in dem unbeschränkten Recht über den Boden. Das nennt er einen unhaltbaren Zustand. Schon vor drei Jahren hat der deutsche Volkswirtschaftler Franz Oppenheimer in einer Streitschrift wider Karl Kautsky, den Dogmatiker der deutschen Sozialdemokratie, den unzulässigen Mehrwert, an dem nach der sozialistischen Theorie in unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung jeder Arbeitgeber sich bereichert, auf die Monopole eingeschränkt. Ein Monopol, sagt er, ist nichts anderes als eine wirtschaftliche Vorzugsstellung, die darauf beruht, daß die Konkurrenz nicht frei wirken kann. Das Monopolgewinnen besteht, das der „Monopolist“ aus den Monopolverhältnissen bezieht, das nennt er den eigentlichen „Mehrwert“. Das hauptsächlichste Monopolgut ist nach seiner Meinung der Grund und Boden. „Der Grund und Boden der Kulturwelt“, schreibt er, „hat seine Eigentümer. Hunderte von Millionen sind ohne Grund und Boden. Da sie ihn aber dringend, die Landleute als Produktionsmittel, die Gewerbetreibenden als Standfläche für ihre Werkstätte, und alle als Wohnstätte brauchen, sind die Nichtbesitzenden gezwungen, den Besitzenden einen Monopolvertrag zu bezahlen, der täglich wächst, und zwar entweder als Mietpreis, Pacht oder Miete oder als Abzug von ihrem Arbeitslohn.“ Und Oppenheimer folgert weiter: Da Deutschland nur 32 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche hat, so könnte (nach seinen eingehenden Berechnungen) die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung als selbstständig, mittelständlich-gedehliche Bauernfamilie sesshaft sein, und fast die Hälfte des gesamten Reiches bliebe noch unbefest. 15 Millionen Hektar, eine Fläche, die noch auf überaus lange Zeit ausreichen würde, um dem Nachwuchs der Landbevölkerung Raum zu geben.“ Das alles wäre möglich, wenn nicht der Großgrundbesitz einen so großen Teil Deutschlands für die Entwicklung gesperrt hätte. Er belegt insgesamt rund 10 Millionen Hektar, gleich 100 000 Quadratkilometer Fläche. Mit anderen Worten: Ein Drittel des gesamten deutschen Grund und Bodens ist in den Händen des Großgrundbesitzes. In England ist, wie bereits erwähnt, dieses Verhältnis noch viel trasser.

Was sind die Folgen davon für die Arbeiter? fragt Lloyd George. Der Pächter ist hoch, und die Pächter holen aus dem (so nur gemieteten) Boden heraus, was herauszuholen ist. Da ihnen, wenn sie das Land zur Blüte gebracht haben und die Erträge reicher geworden sind, ein Einmarschrauben des Pachtpreises oder eine Kündigung des Pachtverhältnisses droht, haben sie kein Interesse an einer systematischen Pflege des Bodens und ihrer Arbeitskräfte. „Der allgemeine Durchschnittslohn des Landarbeiters“, sagt der Schatzkanzler, „ist niedriger als der geringste Durchschnittslohn, der in irgend einer Industrie gezahlt wird. Die tägliche Arbeitszeit ist länger als irgendwo sonst. In keinem Berufe endlich ist die Aussicht, vorwärts zu kommen, geringer als in der Landwirtschaft.“ Und die Wohnungsverhältnisse? „Männer, Frauen und Kinder sind zu zehn, zwölf und selbst mehr in erbärmlichen Hütten zusammengeworfen, in denen theoretisch nur zwei Räume vorhanden sind.“ Dieses Bodenproblem drückt auch auf die Städte. Denn wenn die Landarbeiter so überaus schlecht bezahlt werden, dann werden sie in die Städte abwandern. Das ist auch der Fall. Hier üben sie natürlich einen Druck auf die Industriearbeiterlöhne aus. In alledem muß gründlich Wandel geschaffen werden, folgert Lloyd George: Das Landmonopol muß unter Kontrolle gestellt werden, den Arbeitern

muß ein ausreichendes Einkommen, müssen bessere Arbeitsbedingungen gesichert und die Pächter müssen gegen willkürliche Kündigung, unangemessene Pächterhöhungen und gegen Willkürhaden geschützt werden. Die Landwirte müssen insbesondere durch Schulen und Unterrichtsstunden in ihrem Berufe weiter ausgebildet und durch billigere Verkehrsmittel unterstützt werden, um ihre Produkte vorteilhaft absetzen zu können. Das gegenwärtige Steuer-system muß revidiert, und dem Staat müssen weitgehende Vollmachten erteilt werden, um Land zu erwerben. Vor allem muß das staatliche Enteignungsrecht dort wirksam sein, wo das Land vernachlässigt wird, wo es gar nicht oder nur mangelhaft in Kultur genommen wird.

In einer weiteren Rede geht Lloyd George dann auf die Einzelheiten seiner Vorschläge ein. Zunächst schlägt er die Einrichtung eines besonderen Landwirtschaftsministeriums und die Angliederung dieses Instituts an das Landwirtschaftsministerium vor. Es soll die oberste Kontrolle über das ganze Bodensystem, über Landverkäufe, Heimstätten, Streitigkeiten zwischen Bodeneigentümern und Pächtern u. a. m. ausüben. Wenn bei einem Besitzwechsel dem Pächter genehmigt wird, dann soll es Pflicht des Verkäufers sein, dem Pächter zu erklären, was er in das Land gesteckt hat, und ihn außerdem zu entschädigen. Wenn die Pächter von den Kommissaren des Landwirtschaftsministeriums als zu hoch erachtet wird, sollen sie die Pacht herabsetzen dürfen. Der Pächter soll auch das Recht haben, bei den Behörden um Herabsetzung seiner Pachtzinsen einzukommen, wenn durch eine staatliche Wohnnahme die Landarbeiterlöhne in seiner Gegend erhöht werden. Das Landwirtschaftsministerium soll alles Land, das unzureichend verwendet oder vernachlässigt wird, zu einem angemessenen Preise erwerben dürfen. Der Landarbeiter soll vom Gesetz einen Minimallohn garantiert bekommen, da er nicht in der Lage sei, einen angemessenen Mindestlohn auf dem Wege gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu erringen; denn die Organisierung der Landarbeiter würde zu lange dauern. Reicher Staatskredit soll zur Verfügung gestellt werden, um die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter zu bessern. Jedes Haus soll einen Garten haben, der genügend groß ist, damit der Arbeiter das ganze Jahr hindurch für sich und seine Familie Gemüse hat. „Wir planen“, erklärte Lloyd George am Schluß seiner zweiten Rede, „ein gigantisches Unternehmen; aber wir werden es durchführen.“ „Das würde“, sagte er dann noch an einer anderen Stelle, „in meinen Augen das glänzendste Ergebnis unserer Bodenreform sein, daß die Arbeitskräfte wieder an das Land gefesselt werden, daß der Ueberfluß an Arbeitskräften von den Städten wieder zurück auf das Land geholt wird, und daß auch darüber hinaus das Land wieder seine Anziehungskraft auf die städtische Bevölkerung ausübt. Dann wird unsere Arbeiterkraft eine ganz andere Position haben, wenn sie mit den Arbeitgebern über die Lohnfrage verhandelt, und der Arbeitgeber wird wohl oder übel seine Arbeitskräfte gut entlohnen müssen.“ Zum Schluß gab er die Erklärung ab, daß die Regierung entschlossen sei, die Lohnmattersetzgebung weiter auszubauen, damit jeder Arbeiter, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut, wenigstens ein Lebensminimum erntet.

So weit Lloyd George. Er hat die Notwendigkeit einer umfassenden Bodenreform in England erkannt und weist nun selbst vor den letzten Folgerungen seiner Ueberzeugung nicht zurück. Unerschrocken hat er den Boden-Monopolisten, also den Großgrundbesitzern, den Kampf angezigt und bringt die Staatsmaschine in Bewegung, um das, was er im Interesse des ganzen Volkes für richtig erachtet, in die Tat umzusetzen. Dem Staat will er die weitgehendsten Einspruchs- und Regelungsrechte einräumen, um durchzuführen: Enteignungen, Pachtmattersetzungen, Lohnfestsetzungen und eine ständige Kontrolle. In Deutschland ist die Regierung, ist der größte Teil des Volkes ebenfalls von der Notwendigkeit einer gründlichen Bodenreform im Sinne der inneren Kolonisation überzeugt. Hier aber haben die, welche das Boden-Monopol in Händen haben, die Großgrundbesitzer, dank vor allem dem preussischen Dreiklassenwahlrecht das Heft in den Händen. Hier bestimmen die verhältnismäßig sehr wenigen, aber mächtigen und einflussreichen Großgrundbesitzer den Gang der Politik. Und wenn auch sie neuerdings für eine größere innere Kolonisation eintreten, dann sorgen sie schon dafür, daß die Gesetze, die dazu eingeführt werden, ihnen nicht schaden. Nicht mit Unrecht ist denn auch erst in diesen Tagen im Preussischen Abgeordnetenhaus gesagt worden, das neue Fideikommißgesetz, das angeblich den

immer familiär... Lloyd... Deutlich... Sanato... Di... öffnete... des... liegende... Ertran... Situar... gung... Bündis... mitteln... bilden... neuen D... legen... Ne u... fion... Kolleg... die Me... der zu... air... S... Band... Berid... fied... j... ämlich... Sam... Sozial... rial... so... f... red... Es... die... Ma... h... leg... a... über... Dar... le... gung... Sa... ar... be... Es... soll... her... ber... ta... über... G... r... k... lä... ein... als... G... bei... D... mach... Numm... ie... M... rren... den... beiter... tritt... einen... der... dr... einen... sozial... selber... Unter... von... in... der... mit... das... ich... höch... nicht... grüne... tungen... dem... zu... die... die... itreite... Land... Tage... komm... litera... reform... in... fund... wick...

immer mehr zunehmenden Umfang des festgelegten Familiengrundbesitzes steuern soll, wurde ihm zweifellos noch mehr fördern. Und ein Minister oder Staatssekretär, der so sprechen wollte wie Lloyd George, wäre nicht eine Stunde länger in Deutschland im Amte geblieben und zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes sofort in ein Sanatorium geschickt worden.

Erich Dombrowski-Leipzig.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 28. Juni 1914.

Die letzte Zentralratssitzung am 19. Juni eröffnete Kollege Sartmann mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß der Verbandssprecher, Kollege Goldschmidt, infolge seiner Erkrankung noch immer nicht in der Lage sei, der Sitzung beizuwohnen. Er erbat die Ermächtigung, dem Kollegen Goldschmidt die besten Wünsche auf baldige völlige Genesung zu übermitteln. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildeten die Berichte über die kürzlich stattgefundenen Delegiertentage. Referenten waren die Kollegen Sartmann, Klein, Lewin und Neufeldt. Die Berichte wurden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Sodann machte Kollege Neufeldt einige Ausführungen über die Neuorganisation des Sekretariats in Frankfurt a. Main die dadurch notwendig geworden ist, daß der zweite Beamte, Kollege Willems, als Bezirksbeamter des Gewervereins der Fabrik- und Handarbeiter nach Wanne gehen wird. Unter den Berichten aus dem Bureau machte Kollege Neufeldt Mitteilung von einem Rundschreiben an sämtliche Hauptvorstände und Beamte, in dem zur Sammlung von Material über alle Fragen des Koalitionsrechts aufgefordert wird. Das Material soll später in einer Broschüre zusammengefaßt werden, um den Gegnern des Koalitionsrechts jederzeit wirksam entgegenzutreten zu können. Es wäre nur dringend zu wünschen, und von dieser Stelle aus sei nochmals die Mahnung an die betreffenden Kollegen gerichtet, daß recht reichhaltiges und zuverlässiges Material an das Bureau gelangt. Darauf gab es noch eine lebhafte Auseinandersetzung wegen der Differenzen zwischen dem Hauptvorstand des Gewervereins der Lederarbeiter und dem Ortsverein Neubrandenburg. Es soll weiter versucht werden eine Verständigung herbeizuführen. Einmütig sprach sich der Zentralrat dahin aus, daß kein Gewerkeverein etwa auscheidende Mitglieder aufnimmt.

Zum Schluß der Sitzung sprach Kollege Sartmann den aus dem Zentralrat auscheidenden Kollegen für ihre treue Mitarbeit den herzlichsten Dank aus, worauf Kollege Mälzer einige Abschiedsworte sprach. Der Sitzung wohnte als Gast der Kollege Centmayer-Augsburg bei.

Den sozialpolitischen Brennern und Scharmachern erteilt Prof. Franke in der letzten Nummer der „Soz. Prax.“ eine Lektion, aus der sich manches lernen könnten. Es ist bei jenen Herren so Mode geworden, wenn ein sozialdenkender Mann öffentlich für die Rechte der Arbeiter oder für den Ausbau der Sozialpolitik eintritt, ihn als einen „Weltfremden Ideologen“, einen „Kathedersozialisten“, einen „Theoretiker“, der von der Praxis nichts versteht oder auch als einen Dummkopf hinzustellen. Verständnis für sozialpolitische und Arbeiterfragen besitzen nach ihrer Meinung einzig und allein die Unternehmer selbst und natürlich die Sekretäre der großen Unternehmerverbände. Diese Beurteilung wird von Prof. Franke folgendermaßen gekennzeichnet: „Es ist die beliebteste Methode, uns das Recht, in der Sozialpolitik mitzusprechen, zu verneinen, weil wir von den praktischen Dingen nichts verstehen. Das ist nun so eine eigene Sache. Wir erleben es, daß der Reichstag der Weltfremdheit gegesehen wird, wenn er sozialpolitische Gesetze beschließt, dagegen als höchst sachverständig belobt wird, wenn er schuldlose politische Politik treibt. So lange ein Beamter am Amteneisen sitzt, versteht er nichts von den Forderungen des praktischen Lebens, scheidet er aber aus dem Amte aus, um seine Dienste dem Zentralverband zu widmen, so ist er plötzlich eine Autorität. Der Professor ist ein überpannener Ideologe, wenn er für die Arbeiter eintritt, aber ein sehr geschätzter Mitarbeiter, wenn er sich den Unternehmern zur Seite stellt. Was man aus den Gesilden der Landwirtschaft, vom Katheder eines Gymnasiums, aus der Redaktion der Tagespresse, aus dem Bureau der Rechtsanwaltschaft kommen — sofort ist man sachverständig, sobald man literarisch und agitatorisch die Interessen des Unternehmertums betreibt. Mit diesen Herren glauben wir, in aller schicklichen Bescheidenheit, uns in der sachkundigen Beurteilung sozialpolitischer Notwendigkeiten wirklich noch messen zu können. Und was den Unter-

nehmer selbst betrifft, so ist er doch nicht nur Sachverständiger für sein eigenes Wohl und Wehe, sondern auch Interessent, Parteivertreter, der sich den Argumenten der anderen Seite verschließt. Es stände wahrlich besser um die öffentliche Diskussion dieser Dinge, wenn die leitenden Männer der Großindustrie sich in eigener Person mehr um die Arbeiterfragen, die Arbeiterbewegung, die soziale Gesetzgebung bekümmerten, als alle diese Probleme, die ihre wichtigsten Lebensbedingungen ebenso erfassen wie die technischen Fortschritte, die kaufmännische Organisation, die wirtschaftlichen Betriebsformen, ihren literarischen Beamten und Vorführern zu überlassen. Wäre das der Fall, so beläme man doch endlich mal Beweise in die Hand und nicht immer bloß Klagen, Behauptungen, Anwürfe, mit denen sich so gut wie nichts anfangen läßt.“

Besser konnte das Verhalten der Scharmacher wirklich nicht charakterisiert werden. Freilich haben wir keine Hoffnung, daß die Herren für die Zukunft ihr Gebaren ändern werden.

Dem Verdienste die Krone. Dem Obermeister der Burbacher Stütze und Vorlegenden der Wertvereine im Saarbezirk, namens Walbach, wurde für die Betätigung in der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung das Verdienstkreuz in Silber verliehen. Es ist dies, so heißt die „Rhein. Westf. Ztg.“ rühmend hervor, die zweite Verleihung dieser Auszeichnung an Führer der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung. Die Ueberreichung erfolgte durch den Landrat, der in einer Ansprache besonders darauf hinwies, daß sich der Herr Obermeister durch seine Betätigung in der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung ein Verdienst auch um den Staat erworben habe.

Es hätte keinen Zweck, wollten wir uns mit dem Herrn Landrat über den Wert der gelben Bewegung für den Staat und für die Volkswirtschaft auseinandersetzen. Wer da weiß, wie sehr die wirtschaftlichen Kämpfe dort verschärft werden, wo Gelbe ihr Unwesen treiben, der wird zu einer andern Auffassung gelangen. Wie dem aber auch sei: Wir gönnen dem Herrn Walbach auch sein silbernes Verdienstkreuz. Für uns ist das Wichtigste, daß es ein Obermeister ist, der die Hauptrolle in der gelben Bewegung des Saarbezirks spielt. Man stellt ja die Gelben oder Wirtschaftsfriedlichen so gern als unabhängige Arbeiterorganisation hin. Was es damit für eine Bewandnis hat, das zeigt deutlich wieder dieser Fall.

Arbeiterbewegung. Die Glasarbeiterausperrung in der Lausitz kann als beendet angesehen werden. Die wieder aufgenommenen Einigungsverhandlungen haben zu einer Vereinbarung geführt, daß die Aussperrung am 4. Juli aufgehoben wird und die streikenden Arbeiter bis dahin die Arbeit wieder aufnehmen. Wo die Arbeitszeit bereits 9 1/2 Stunden beträgt, wird sie aufrecht erhalten. Nach dem 1. Oktober soll eine Neuregelung darüber und auch über verschiedene andere Punkte erfolgen. Die den Glasarbeitern in Kaufsch gemachtene Zugeständnisse sollen aufrecht erhalten, ihre weiteren Forderungen dagegen fallen gelassen werden. — Auch in der Solinger Waffenindustrie scheint endlich der Friedensschluß bevorzustehen. Nachdem der Kampf 16 Wochen gedauert hat, haben Einigungsverhandlungen stattgefunden, die zwar noch nicht zum Abschluß gelangt sind, aber eine Verlängerung wahrscheinlich machen. — In Berlin ist eine Anzahl Autohausaffäre ausgespart worden, die sich weiterten, den von den Unternehmern vorgelegten Reders zu unterzeichnen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Bewegung größere Kreise zieht. Der Kampf ist nur dadurch möglich geworden, daß die Unternehmer ihr Wort, sich dem Schiedsspruch des Einigungsamts zu fügen, gebrochen haben. — In Breslau streiken seit längerer Zeit die Stuckateure. Sie haben beschloffen, bei denjenigen Unternehmern, die den Tarif einzeln unterzeichnen, die Arbeit aufzunehmen. — Den Dachdeckern in Aachen ist es gelungen, einen Tarif abzuschließen, der ihnen erhebliche Lohnverbesserungen bringt. — Etwa 1800 Transportarbeiter sind in Köln a. Rh. in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Unternehmer erklären, daß es unmöglich sei, Entgegenkommen zu zeigen, ist es nicht ausgeschlossen, daß es zu einem umfangreichen Kampfe kommt. — Der Streik der Holzbildhauer in Berlin, der in der Hauptache die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zum Ziele hat, nimmt seinen Fortgang.

Der Zustand der Naphthaarbeiter in Baku scheint keinem Ende entgegenzugehen, da bereits einige Tausend Arbeiter ihre Beschäftigung wieder aufgenommen haben.

Ueber die Ausdehnung der Wohnungsinspektion im Deutschen Reich und die Beschäftigung von weiblichen Wohnungsinspektoren gibt ein Rundschreiben Auskunft, das die Zentralstelle für die Gemeindeväter der Frau in Frankfurt an zahlreiche Frauenvereine gesandt hat mit der Aufforderung, der Mitwirkung der Frau in der Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Danach besteht eine Wohnungsaufsicht im Großherzogtum Hessen seit etwa 20 Jahren. In Bayern ist sie für das ganze Land geordnet. Auch in den bayerischen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern haben fortlaufende Wohnungsbeschäftigungen stattgefunden, zu deren Durchführung besondere Wohnungskommissionen bestellt werden. In Preußen besteht die Wohnungsaufsicht allerdings in vielen Städten, aber ohne einheitliche gesetzliche Regelung. Von besonderer Bedeutung ist daher der zurzeit dem Preussischen Abgeordnetenhaus vorliegende Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes; er verpflichtet die Gemeindevorstände, die Wohnungsaufsicht einzuführen, und zwar als Wohlfahrts Einrichtung zu organisieren. Zunächst ist nur für die Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern die Errichtung von Wohnungsamtern mit berufsmäßigen Wohnungsaufsichtsbeamten vorgegeben, aber möglicherweise werden auch bald in einer Reihe kleinerer Gemeinden besoldete Kräfte für die Wohnungsaufsicht angestellt werden. Man darf die Annahme des preussischen Wohnungsgegesetzes als gesichert betrachten und wird mit seinem Inkrafttreten am 1. Januar oder 1. April 1915 rechnen müssen.

Was nun die weibliche Mitarbeit in der Wohnungsaufsicht anlangt, so ist zunächst hervorzuheben, daß tatsächlich bereits eine Anzahl von Frauen in der Wohnungsaufsicht erfolgreich mitwirken. So liegt z. B. im Landkreis Worms und in den Städten Halle a. S., Charlottenburg, Berlin die selbständige Ausübung der Wohnungsaufsicht in den Händen von Akademikerinnen (Nationalökonominnen). In Frankfurt a. M., Halberstadt, Königsberg i. Pr., Magdeburg, Schöneberg usw. sind praktisch vorgebildete Frauen als Wohnungspflegerinnen angestellt. In anderen Orten, z. B. in Mannheim, wirken Frauen ehrenamtlich bei der Wohnungsinspektion mit. In Bayern hat vor kurzem ein Ministerialerlaß auf den Wert der weiblichen Mitarbeit in der Wohnungsaufsicht hingewiesen. Mehrfach hat sich auch der preussische Minister bei der ersten Lesung des preussischen Wohnungsgegesetzes im Abgeordnetenhaus geäußert. — Ueber die Anstellung staatlicher Wohnungspflegerinnen berichtete die sächsische Staatsregierung, daß solche in den Amtshauptmannschaften Auerbach, Leipzig, Freiberg, Glauchau, Chemnitz, Stolberg und Rochitz angestellt seien. Die Aufstellung derartiger Beamtinnen in den Amtshauptmannschaften Dresden - N., Schwarzenberg und Marienberg ist grundsätzlich genehmigt. Die Gehälter dieser Wohnungspflegerinnen bewegen sich zwischen 1500 und 2000 Mark jährlich.

Belastung des Konsums durch Fleischhölle. Die deutschen Fleischermeister und ihre Organisationen beschäftigen sich augenblicklich sehr emsig mit Zollfragen. Man könnte sehr leicht aus den Gedanken kommen, die Fleischermeister würden alles tun, um den Konsum von den abnorm hohen Fleischpreisen zu befreien. Das Gegenteil ist aber der Fall. Zunächst fordern sie die Beilegung des zollfreien Grenzverkehrs mit Fleisch. Sie wollen keine Einfuhr billigen Fleisches. Sie bekämpfen, bei der Versorgung der Verbraucher mit billigen ausländischen Fleisch, daß andere Institutionen sich an der Fleischversorgung beteiligen würden. Als in den Vorjahren die Fleischsteuerung unerträgliche Formen angenommen hatte, nahmen die Verwaltung einiger Städte und neben ihnen auch Konsumvereine die Fleischversorgung in die Hand, wodurch sie den hellen Jörn der Fleischermeister wahrrieten. Den Fleischermeistern kommt es gar nicht darauf an, den Konsumenten billige Fleischmengen zuzuführen. Sie wollen genau, wie ihre Kollegen vom Kolonialwarenhandel, die von ihnen vertretene Form der Warenverteilung bis in alle Ewigkeit lebendig erhalten. Die Fortbildung der Warenverteilungsmethoden und vor allem die auch im Preis geregelte Fleischversorgung finden bei ihnen keine Beachtung.

Mit diesem Verhalten der Fleischermeister steht in Zusammenhang ihre Forderung auf Erhöhung der Zölle auf Schmalz, Margarine und Feintalg, ferner auf Pflanzen- und ölige Fette, soweit sie als Nahrungsmittel der

Menschen in Betracht kommen. Es handelt sich also darum, den Fleischmeistern durch hohe Zölle auf pflanzliches Rohmaterial zur Margarinerstellung eine ihnen unliebsame Konkurrenz zu befechtigen. Die Margarine ist in den letzten Jahren durch die billige Einfuhr ausländischer Fette und Pflanzenöle zu einem Volksmahrungsmittel geworden. Die Einfuhr der billigen ausländischen Fette übt auf den Preis der inländischen Fette eine regulierende Wirkung aus. Den Nutzen davon haben die großen Massen der Margarinerbauer. Wenn nun die Zollforderungen der Fleischmeisterei Gesehskraft erlangten, wäre die unmittelbare Folge die Verteuerung eines für die Volksernährung ungemein wichtigen Gegenstandes.

Aus diesen Mitteilungen ist zu ersehen, wie die schon gemag fühlbare Leuerung für die Fleischmeisterei gar kein Warnungssignal bedeutet, alles zu unterlassen, was die Leuerung zu verschärfen geeignet ist. Diese Erscheinung muß den Konsumenten allüberall zum Ansporn dienen, sich zu rühren, sich ihrer Saut zu wehren, damit ihnen nicht bei schärferer Leuerung noch schlimmeres in der Herabsetzung ihrer Lebenshaltung geschieht.

Das soziale Verstandnis ergreift auch in Rußland immer weitere Kreise. Wie wir einen Notiz in der „Soz. Prax.“ entnehmen, hat man in verschiedenen Gesellschaften Moskaus die Gründung einer russischen Sektion der Internationalen Arbeitervereinigung für gesellschaftliche Arbeiterschuß eifrig besprochen. Man ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß gerade in Rußland auf dem Gebiete der Sozialpolitik energischer gearbeitet werden müsse. Weder stehen diesen arbeiterfreundlichen Bestrebungen politische Schwierigkeiten entgegen, da in Rußland alle Vereinigungen, die von Auslande verordnet werden und politische Ziele verfolgen, verboten sind. Wenn nun auch die Internationale Vereinigung für gesellschaftliche Arbeiterschuß keine politische Organisation im eigentlichen Sinne ist, sehen die Bureaufürsorge Kreise Rußlands doch überall Politik, wo Fragen des Arbeiterschutzes behandelt werden. Deshalb ist es sehr zweifelhaft, ob das Statut einer derartigen Gesellschaft in Rußland genehmigt wird. Man sucht deshalb nach andern Mitteln und Wegen, um den Plan durchzuführen zu können. Die moskautische Gesellschaft der Fabrikanten hat beschlossen, mit dem Vorstande der Internationalen Vereinigung in Verhandlungen einzutreten, um den Boden für das Mitarbeiten der russischen gesellschaftlichen Kreise auf dem Gebiete des internationalen Arbeiterschutzes zu schaffen. Es kann nicht bezweifelt werden, daß eine solche Möglichkeit bei der unabhängigen Arbeiterschutzesgesetzgebung Rußlands von

außerordentlicher Bedeutung wäre. Deshalb wäre es sehr wünschenswert, wenn sich ein Weg fände, auf dem die Mitarbeit der sozialdenkenden Kreise Rußlands gesichert werden könnte. Wir sind überzeugt, daß der Vorstand der Internationalen Vereinigung für gesellschaftliche Arbeiterschuß es an weitestgehendem Entgegenkommen nicht fehlen lassen wird.

Die diesjährige 2. Auftagung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge findet in Altona am 18. und 19. September statt. Als Verhandlungsthema ist ausersehen: Die Fürsorge für ortsfremde und wandernde Jugendliche. Dem in der praktischen Arbeit der Jugendfürsorge Stehenden soll eine Gesamtübersicht über den augenblicklichen Stand der Rechtslage, sowie über die Lücken der Gesetzgebung und ihrer Handhabung gegeben werden. In eingehenden Vorträgen sollen die Wege der ortsfremden Sänglinge und Kleinkinder sowie der ortsfremden weiblichen und männlichen Säuglingslosen geschildert und daraus Mittel und Wege zur Abhilfe gesucht werden.

Anfragen sind an die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin C. 19, Wallstr. 89 zu richten.

Verbands-Teil.

Berufsanmeldungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 9 Uhr, zwanglos Zusammensein im Verbandsbause. Gäste will. - Gewerksvereins-Vierertafel (G.-D.) Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Lebungshunde 1. Verbandsbause h. Deutschen Gewerksvereine (Ordnung Saal). Gäste will. - Sonnabend, den 27. Juni 1914. Maschinenbau- und Metallarbeiter 1. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Gutzeit, Bergstraße 69. Bericht v. Delegierten, Koll. Kamelew Legel. - Maschinenbau- und Metallarbeiter 11. Abds. 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 36 a. Mitteilungen. Bericht von der Kombinierten und Werkstatt Angelegenheiten. - Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII. Abds. 8 1/2 Uhr, Greifswalderstr. 228. Vortrag des Kollegen Gleitsch über den Delegiertenrat. Wahl eines 1. Vorsitzenden. - Maschinenbau- und Metallarbeiter XI. Abds. 8 1/2 Uhr, im Parkhallenrestaurant Arminiusplatz. Bericht von der Kombinierten. Sonntag, 28. Juni 1914. Familienausflug! Bergniedrigungspart. Jungfernhöhe. Treffpunkt: mittags 12 1/2 Uhr, Pilsener Verbindungsal. Ende Königsdamm. - Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Krul, Puhlerstraße 52. Jahlabend. - Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Abds. 8 1/2 Uhr, Schönhauser Allee 65. L.-D.: Geschäftliches, Bericht von der Kombinierten, Werkstattangelegenheiten. -

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Vorkampfs-Gesellschaftshaus, Breiten 11. - Berlin (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei hantel. Landwehrstr. 42. - Dessau. Gewerksvereins-Vierertafel jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr, Lebungshunde i. Beroliner, Gajon, Markt. - Elberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenländer, Elberfeld, Luisenstr. und Grolingstr.-Ecke. - Frankfurt a. D. (Gewerksvereins-Vierertafel). Jeden Freitag von 8-10 Uhr, Lebungshunde im Vereinslokal, Marktstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! - Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 6-8 1/2 Uhr, Distriktsklub im Vereinslokal von G. Simon, Alter Markt, - Gießen b. Kassel. Jeden dritten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Subowitz, - Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandsvorstellung bei Rose, Gieselerstr. - Hamburg (Rebnerische). Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Urel, Lagerstraße 2. - Hamburg (Gewerksvereins-Vierertafel). Jeden Donnerstag, Lebungshunde bei Uhnert in Altona, Gimsbühlstraße 48-50. - Herne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat, Sitzung b. Ww. Bllh. Rube, Bahnhoffstr. gegenüb. der evang. Kirche. - Jherlahn. Distriktsklub jeden 8. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr bei D. Hilde, Rebenstr. 3. - Köln (Ortsverb.). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung in der Benz-Gehölzung, Kreuzgasse. - Leipzig (Gewerksvereins-Vierertafel). Die Lebungshunde finden jeden Mittwoch abds. 9-11 Uhr im Vereinslokal, Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Stimmgebende Mitglieder sind herzlich willkommen. - Mülheim a. Ruhr. Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. - Stettin (Sänglinge u. Gewerksvereine). Die Lebungshunde finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 6, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich willkommen. - Stettin (Ortsverb.). Distriktsklub. Sitzung jed. Freitag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag b. Winter 1. Sredom. - Tegel (Distriktsklub bei Tegel, Vorkampfbau u. Reichendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Römer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. - Thora (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Krole, Kauerstr. 62. - Weichsan, Distriktsklub. Jeden Donnerstag, abds. von 8-10 1/2 Uhr, Distriktsklub beim Kollegen Hümel. - Weichsanfeld a. O. (Sänglinge u. Gewerksvereine) der Deutschen Gewerksvereine. Lebungshunde jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, Rostergarten. - Weichsan (Ortsverband). Sänglingsabteilung der vereinigten Gewerksvereine (G.-D.) jeden Sonntag, abds. 9 Uhr, Singstunde im Verbandslokal, Weichsan.

Veränderungen bezgl. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Jahrgang (D.-G.) S. 203 u. a., Kaffner, 2. Nord, Bernstr. 11.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

- Durch das Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 222, sind folgende Schriften zu beziehen:
Rechts des Arbeiters von A. Sifer. Preis 4.80 Mk.
Rechtliche Wirtschaftspolitik von Friedr. Kaumann. Preis 3 Mk.
Reform des Arbeitsrechts von Dr. Fiesch. Preis 20 Pfg.
Die Krankenversicherung von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pfg.
Die Unfallversicherung von Anton Erkelenz. Preis 80 Pfg.
Die Jubiläen- und Hinterbliebenenversicherung von R. Lewin. Preis 80 Pfg.
Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung von Professor Dr. Sommerfeld. Preis 20 Pfg.
Lesenbuch der Deutschen Gewerksvereine 1914. Mit Abhandlungen von Dr. Bittmann, Abgeordneten Hoff, Pfl. Dr. Wilmann-Gottschiner, Dr. Jäch, sowie führenden Gewerksvereinskollegen. Preis 15 Pfg.
Entwicklung des gewerkschaftlichen Einigungswesens in Deutschland von Magistratsrat R. v. Schulz. Preis 20 Pfg.
Meister und Lehrlingsverhältnis. Eine privatrechtliche Abhandlung von Dr. G. G. Schmalz. Preis 50 Pfg.
Problem der Arbeiterpsychologie von Professor Dr. G. Herzka. Preis 10 Pfg.
Die Profshüren zum Einzelpreis von 10 Pfg. Kosten in Partien (auch gemischt) bezogen: 10 Stück 80 Pfg., 20 Stück 1.50 Mk., 50 Stück 3.75 Mk.

- Commerfeld (Ortsb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk im Betrage von 75 Pfg. bei dem Verbandskassierer Emil Franke, Bahnhoffstr. 8, wochentags abds. 6 1/2-8 1/2 Uhr.
Oberbergisch-thüringischer Ortsverband, Eitzsch. Unterstufung von 75 Pfg. an wandernde Kollegen bei Eitzsch 8 1/2 Uhr im. in Soehdenberg, Ralshausstr. 62, mittags von 12-1 und abds. von 6-8 Uhr.
Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An Durchreisende Unterstufungs-Karten in Altwasser bei Rudolf, Freiburgerstr. 29, und in Waldenburg bei Kempte, Gottesbergerstr. 8. Bergeben in Altwasser: Osthof, Schwarzer Adler, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.
Borß i. Pom. (Ortsverb.). Durchreis. Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Dähne, Pohlstraße 24, Arbeitsnachweis bei.
Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. im Verbandslokal „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4).
Gamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Radwegs und 75 Pfg. Unterstufung oder Radwegs auf dem Bureau der Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.

Zur Feier

von

Stiftungsfesten, Mitgliedsjubiläen usw.

empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung: das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts

Dr. W. Giesch

Minstertsch aufgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x68 cm groß, zum Preise von

15 Mk. portofrei.

Zum Wohnungsschmuck für Verbandskollegen sind noch vorräthig Bilder des Anwalts in seinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von 50 Pfg.

Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer R. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 222-28 eingezahlt werden.

Preslau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Wiesbaden (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. im Lokal von G. Hoffmann, Rolke- und Bismarckstr.-Ecke.